

beziehungswweise

SEPTEMBER 2013

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- 1 **STUDIE** **Bullying und Gewalt unter Österreichs Schülerinnen und Schülern**
- 5 **SERIE** **Wussten Sie, dass ...**
Kinder Doppelnamen führen dürfen?
- 6 **BERICHT** **Familienwissenschaft und Familienpolitik – Anforderungen an die Zukunft**
- 8 **SERVICE** **info:** Fachtagung Familie und Soziale Ungleichheit
bücher: Familienrecht von der Antike bis zur Gegenwart
Zur Unsicherheit im generativen Verhalten

STUDIE

Bullying* und Gewalt

unter Österreichs Schülerinnen und Schülern: Ergebnisse 2010 und Trends

VON DANIELA RAMELOW, KATRIN UNTERWEGER UND ROSEMARIE FELDER-PUIG

Gewalt und Bullying an Schulen

Viele internationale Studien haben die Bedeutung eines guten Schulklimas für das psychische Wohlbefinden und das Selbstvertrauen der Schüler und Schülerinnen [vgl. Literatur 1,2] sowie deren schulische Leistungen [vgl. Literatur 3,4,5] hervorgehoben. Außerdem zeigt sich bei Schülerinnen und Schülern, die ein gutes Schulklima genießen, eine geringere Neigung psychoaktive Substanzen zu konsumieren [vgl. Literatur 3,6]. Als wichtige Kriterien des Schulklimas werden neben der Qualität der Lehr- und Lernprozesse

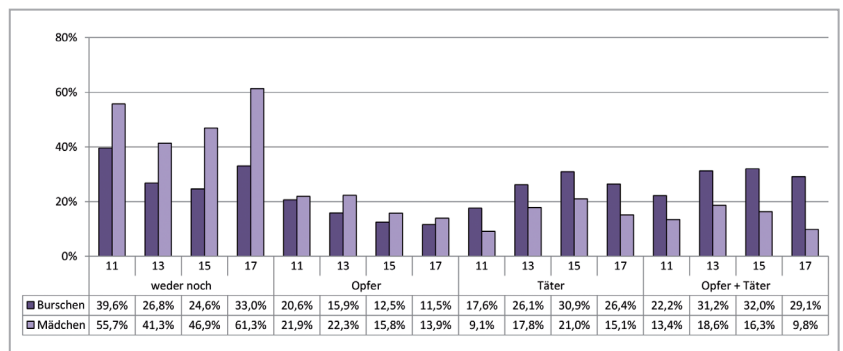


Abbildung 1: Verteilung der Opfer-Täter-Typologie bei 11-, 13-, 15- und 17-jährigen Schülerinnen und Schülern in Österreich, nach Alter und Geschlecht

*der begriff bullying

Bullying bedeutet, dass ein Schüler oder eine Gruppe von Schülern systematisch, wiederholt und über einen längeren Zeitraum hinweg den negativen Handlungen eines anderen Schülers oder einer Gruppe von Schülern ausgesetzt ist. Diese Handlungen können direkt oder indirekt, körperlich oder verbal ausgeführt werden. Da ein Kräfteungleichgewicht (körperlich oder psychisch) besteht, fällt es den betroffenen Schülern schwer, sich zu wehren (vgl. Spröber, Schlottke & Hauzinger 2008: 6).

und den strukturellen Rahmenbedingungen einer Schule die physische und psychische Sicherheit sowie die positiven Beziehungen innerhalb der Schule gesehen [vgl. Literatur 7]. Dementsprechend kommt, neben anderen Maßnahmen, der Prävention von Gewalt und Bullying eine wichtige Rolle zu.

In der „Health Behaviour of School-aged Children (HBSC)“-Studie werden verschiedene Indikatoren für aggressives Verhalten von 11-, 13-, 15- und

17-jährigen Schülerinnen und Schülern, wie die Beteiligung an Raufereien oder Bullying von und an Mitschülerinnen und Mitschülern, erhoben¹. Auch die im Rahmen der HBSC-Studie durchgeführte Schulleiter- und Schulleiterinnenbefragung gibt Hinweise auf das Ausmaß an Gewalt und Bullying an österreichischen Schulen². Dieser Artikel fasst die entsprechenden Ergebnisse von 2010 zusammen und vergleicht sie mit jenen von vergangenen Erhebungszeitpunkten³.

Ergebnisse der HBSC-Befragung

Etwa zwei Drittel (65,1%) der österreichischen Schülerinnen und Schüler waren laut eigenen Angaben an keiner Rauferei im letzten Jahr vor der Befragung beteiligt. Am häufigsten waren Burschen im Alter von 13 Jahren in mindestens eine Rauferei verwickelt (58,8%). Bei den Mädchen waren das am häufigsten die 15-Jährigen (19,8%), wobei bei beiden Geschlechtern die Beteiligungsraten nur wenig altersabhängig sind.

57,7% der österreichischen Schülerinnen und Schüler berichten, in den letzten paar Monaten vor der Befragung kein Bullying an Mitschülerinnen und Mitschülern ausgeübt zu haben. Dieser Anteil ist bei Mädchen (69,0%) höher als bei Burschen (45,4%), wobei er bei beiden Geschlechtern zwischen dem Alter von 11 und 15 Jahren

kontinuierlich leicht sinkt und bei den 17-Jährigen wieder leicht ansteigt. Mehr als ein Drittel (38,3%) der Schüler und Schülerinnen geben an, in dieser Zeitspanne Opfer von Bullying-Attacken gewesen zu sein. Auch unter den Opfern finden sich etwas mehr Burschen (44,1%) als Mädchen (33,0%). Am häufigsten sind Mädchen und Burschen im Alter von 13 Jahren betroffen.

Die Verteilung der Opfer-Täter-Typologie zeigt, dass 41,0% in den letzten Monaten weder Opfer noch Täter von Bullying waren, wobei dies auf Mädchen stärker zutrifft (50,8%, Burschen: 30,4%). Ebenso waren Mädchen häufiger ausschließlich Opfer von Bullying (18,3%, Burschen: 15,0%). Umgekehrt waren Burschen häufiger nur Täter (25,6%) oder sowohl Täter als auch Opfer (28,9%) als Mädchen (16,2% bzw. 14,7%). Der Anteil jener, die angeben, weder Opfer noch Täter oder Täterinnen gewesen zu sein, geht bei den Mädchen bis zum Alter von 13 Jahren, bei Burschen bis zum Alter von 15 Jahren kontinuierlich zurück und steigt danach wieder an (Abbildung 1).

Wie bereits einführend erwähnt, ist ein gutes soziales Klima in der Schule, welches auch eine sichere Lernumgebung ohne physische oder psychische Attacken inkludiert, wichtig für das Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern.

Opfer von Bullying	nie	ein bis zweimal	öfters	Cohen's d (nie/öfters)⁵
Psychische Gesundheit	49,93	46,79	43,98	0,59
Beschwerdelast	32,15	36,18	39,47	-0,57
Lebenszufriedenheit	7,8	7,36	6,73	0,53

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Bullying und psychischer Gesundheit, Beschwerdelast und Lebenszufriedenheit
Spannbreiten: Index „Psychische Gesundheit“: 0 (geringe) bis 100 (hohe)
Index „Beschwerdelast“: 0 (keinerlei Beschwerden) bis 100 (hohe Beschwerdelast)
Lebenszufriedenheit: 0 (schlechtestes mögliches Leben) bis 10 (bestes mögliches Leben)

¹ Nähere Informationen zu den Ergebnissen und Messinstrumenten finden sich im österreichischen HBSC-Bericht [8].

² Nähere Informationen zu den Ergebnissen und Messinstrumenten finden sich im Bericht zu den Rahmenbedingungen für schulische Gesundheitsförderung an Österreichs Schulen [9].

³ Die Analysen im Trend beziehen sich ausschließlich auf die 11-, 13- und 15-jährigen Schülerinnen und Schüler, da die 17-Jährigen erst seit der Erhebung von 2010 befragt werden. Die Daten der Erhebungen von 2002 und 2006 wurden entsprechend der Alters- und Geschlechtsverteilung von 2010 gewichtet, um Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher Verteilungen in diesen Variablen zu vermeiden.

Auch die österreichische HBSC-Erhebung liefert dafür entsprechende Ergebnisse (Tabelle 1). Sowohl bei der psychischen Gesundheit, als auch der Beschwerdelast und der Lebenszufriedenheit schneiden jene Schüler und Schülerinnen signifikant besser ab, die berichten, in den letzten Monaten nie Opfer von Bullying-Attacken gewesen zu sein. In der statistischen Analyse zeigen sich beim Vergleich von zwei Gruppen von Schülern und Schülerinnen, nämlich jenen, die nie versus jenen,

die öfters (dreimal oder mehr) Opfer von Bullying-Attacken waren, mittelstarke Effekte (berechnet mit der statistischen Maßzahl Cohen's d^4) auf die genannten Gesundheitsvariablen (Tabelle 1).

Entwicklungen zwischen 2002 und 2010

Abbildung 2 zeigt die Entwicklungen im Bullying-Verhalten der österreichischen Schülerinnen und Schüler über die letzten drei Erhebungen von 2002, 2006 und 2010. Der Anteil jener, die angaben, kein Opfer von Bullying gewesen zu sein, ist zwischen 2002 und 2006 leicht gestiegen und anschließend bis zur Erhebung 2010 relativ konstant geblieben. Ebenso ist der Anteil jener, die berichteten, kein Täter bzw. keine Täterin von Bullying gewesen zu sein, zwischen 2002 und 2006 gestiegen. Dementsprechend ist die Zahl der Täter und Täterinnen in diesem Zeitraum gesunken. Bei der Erhebung 2010 ist allerdings wieder ein leichter Zuwachs an Tätern und Täterinnen zu verzeichnen. Ein ähnliches Bild liefert die Opfer-Täter-Typologie. Auch hier zeigt sich, dass sich der Anteil jener, die weder Opfer noch Täter oder Täterinnen von Bullying waren, von 2002 (31,7%) auf 2006 (40,4%) leicht erhöht hat, 2010 allerdings wieder etwas auf 38,8% zurückgegangen ist. In Summe liefern diese Ergebnisse somit Hinweise darauf, dass es zwar zu einer Verbesserung seit 2002 gekommen ist, diese aber nur sehr leicht ausfällt.

Ergebnisse der Schulleiter- und Schulleiterinnenbefragung

Die Schulleiter- und Schulleiterinnenbefragung 2010 ergab, dass 48,8% der österreichischen Schulleiterinnen und Schulleiter Mobbing bzw. Bullying unter Schülerinnen und Schülern als ein Problem in ihrer Schule einschätzen. Laut PISA 2009 erachten viele Schulleiterinnen und Schulleiter gezielte schulische Interventionen und Prävention als wichtige Maßnahmen, um Gewalt unter Schülerinnen und Schülern effektiv zu bekämpfen bzw. zu verhindern [vgl. Literatur 10]. Hier zeigt die vom Ludwig Boltzmann Institut Health Promotion Research durchgeführte Befragung, dass mehr als ein Viertel (27,0%) der Schulen bereits routinemäßig Maßnahmen durchführen, um bei Schülerinnen und Schülern Kompetenzen zur Prävention von Gewalt und Bullying aufzubauen. Weitere 54,4% setzen solche Maßnahmen zumindest vereinzelt um. Auch findet in

⁴ Cohen's d ist ein Maß für die Effektgröße von Mittelwertunterschieden zwischen zwei Gruppen, welches zur Beurteilung der praktischen Relevanz eines signifikanten Ergebnisses herangezogen wird. Werte von 0,2 werden dabei als kleine, 0,5 als mittelstarke und 0,8 als starke Effekte interpretiert. Das Vorzeichen gibt die Richtung des Zusammenhangs an. Diese ist abhängig davon, welche Kategorie als Referenzwert herangezogen wird.

⁵ Die erstgenannte Kategorie „nie“ stellt hier den Referenzwert dar.

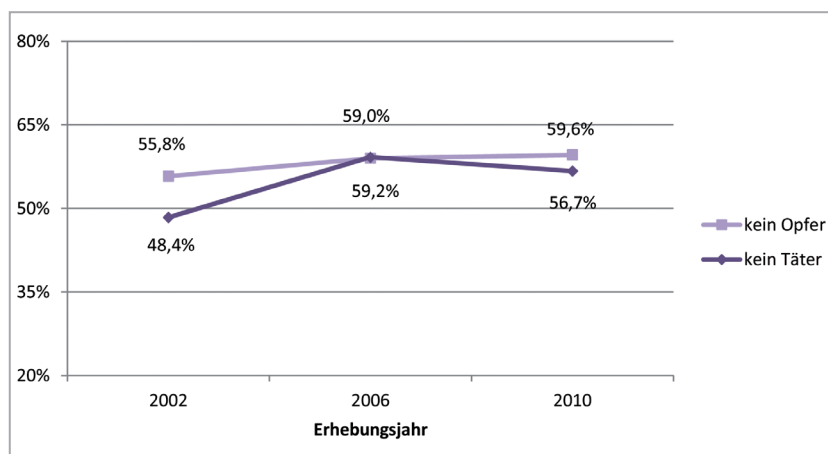


Abbildung 2: 11-, 13- und 15-jährige Schüler und Schülerinnen, die in den letzten 3 Monaten vor der Erhebung kein Opfer bzw. kein Täter von Bullying waren

über einem Drittel der Schulen (35,7%) eine Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Peer-Mediatorinnen und Mediatoren statt, welche bei Konflikten zwischen Gleichaltrigen vermitteln können. Diese Maßnahme gilt als ein erfolgversprechender Ansatz der konstruktiven Konfliktbewältigung und wird neben anderen vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bm:ukk) als Teilprojekt der Initiative „Die weiße Feder – Gemeinsam für Fairness und gegen Gewalt“ gefördert.

Fazit

Die Daten aus den letzten drei HBSC-Erhebungen weisen darauf hin, dass Bullying an österreichischen Schulen seit 2002 leicht abgenommen hat. Im internationalen Vergleich mit 38 anderen HBSC-Ländern zeigt Österreich allerdings weiterhin eine relativ hohe Prävalenz von Bullying unter Schülern und Schülerinnen [vgl. Literatur 11].

Eine Befragung der österreichischen Schulleiter und Schulleiterinnen ergab, dass ein erhöhtes Bewusstsein für diese Problematik besteht und viele auch bereits entsprechende Maßnahmen initiiert haben. Die hier vorgestellten Ergebnisse weisen darauf hin, dass diese Bemühungen berechtigt sind und weiter intensiviert werden sollten. ■

Kontakt: Rosemarie.Felder-Puig@lbhpr.lbg.ac.at

Literatur:

[1] Way, N.; Reddy, R. & Rhodes, J. (2007): Students' perceptions of school climate during the middle school years: Associations with trajectories of psychological and behavioral adjustment. *American Journal of Community Psychology* 40(3-4), S. 194-213.

⁶ Für nähere Informationen siehe: <http://www.gemeinsam-gegen-gewalt.at/die-weiße-feder/projekte/>

die studie

Die „Health Behaviour of School-aged Children (HBSC)“-Studie ist eine regelmäßig, alle vier Jahre stattfindende Erhebung der WHO, an der im Schuljahr 2009/10 43 Länder teilgenommen haben. Alle präsentierten Ergebnisse basieren auf dem österreichischen Daten-Set von 2009/10 (Projektleitung: Priv.Do. Mag. Dr. Wolfgang Dür). Die HBSC-Studie wird vom Bundesministerium für Gesundheit beauftragt und in seiner Umsetzung vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur unterstützt. Nähere Informationen zur Studie: <http://lbihpr.lbg.ac.at>
<http://www.hbsc.org/>

- [2] Hoge, D. R.; Smit, E. K. & Hanson, S. L. (1990): School Experiences Predicting Changes in Self-Esteem of Sixth- and Seventh-Grade Students. *Journal of Educational Psychology* 82, S.117-127.
- [3] Brand, S.; Felner, R.; Shim, M.; Seitsinger, A. & Dumas, T. (2003): Middle school improvement and reform: Development and validation of a school-level assessment of climate, cultural pluralism, and school safety. *Journal of Educational Psychology* 95(3), S. 570-588.
- [4] Haynes, N. M.; Emmons, C. & Ben-Avie, M. (1997): School Climate as a Factor in Student Adjustment and Achievement. *Journal of Educational and Psychological Consultation* 8, S. 321-329.
- [5] Hoy, W. K.; Hannum, J. & Tschannen-Moran, M. (1998): Organizational Climate and Student Achievement: A Parsimonious and Longitudinal View. *Journal of School Leadership* 8, S. 336-359.
- [6] Coker, J. K. & Borders, L. D. (2001): An Analysis of Environmental and Social Factors Affecting Adolescent Problem Drinking. *Journal of Counseling & Development* 79, S. 200-208.
- [7] Cohen, J. et al. (2009): School Climate: Research, Policy, Practice, and Teacher Education. *Teachers College Record* 111(1), S. 180-213.
- [8] Ramelow, D. et al. (2011): Gesundheit und Gesundheitsverhalten von österreichischen Schülerinnen und Schülern: Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2010, Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Wien.
- [9] Unterweger, K. et al. (2011): Gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen an Österreichs Schulen: Ergebnisse der Schulleiter/innenbefragung 2010. Wien: LBIHPR Forschungsbericht.
- [10] Bruneforth, M. & Lassnigg, L. (Hrsg.) (2012): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam.
- [11] Currie, C. et al. (2012): Social determinants of health and well-being among young people. Health Behaviour in School-aged Children (HBSC) study: international report from the 2009/2010 survey. Copenhagen, WHO Regional Office for Europe.

Das Ludwig Boltzmann Institut Health Promotion Research (LBIHPR) ist eine inter- und transdisziplinäre Forschungseinrichtung, die sich mit den Bedingungen und Möglichkeiten von Gesundheitsförderung in Organisationen befasst. Auf der Grundlage der modernen Systemtheorie ist es vor allem an Fragen der effektiven und nachhaltigen Implementation von Maßnahmen der Gesundheitsförderung in Organisationen interessiert sowie an der Weiterentwicklung von Theorien, Modellen und Konzepten, mit deren Hilfe solche organisationalen Veränderungsprozesse beschrieben werden können.

Dabei fokussiert die Forschung auf ExpertInnenorganisationen, in denen die Leistung der Organisation erst durch eine enge Zusammenarbeit der in ihr tätigen ExpertInnen mit den NutzerInnen der Organisation zustande kommen kann. Das gilt, z.B. für Schulen, Krankenhäuser und Einrichtungen der Langzeitbetreuung beziehungsweise für die Interaktionen von LehrerInnen, medizinischen oder pflegerischen ExpertInnen mit SchülerInnen, PatientInnen oder HeimbewohnerInnen.

Das geschieht in aufeinander abgestimmten Forschungsprojekten, die im Sinne der aktuellen Interventions- und Implementationsforschung innerhalb der Public Health Forschung die Bedingungen und Möglichkeiten von Interventionen für Gesundheit untersuchen. Diese Problemstellung folgt der Hypothese, dass das Gelingen oder Scheitern von Gesundheitsförderungsinterventionen mit den spezifischen Bedingungen in ppp-Organisationen („professional people processing organizations“) zusammenhängt (z.B. Immobilisierung der User, Steigerung der Abhängigkeit der User und Reduktion von deren Autonomie, etc.).

Es ist daher ein Ziel, solche Erkenntnisse empirisch zu generieren, die geeignet sind, die Praxis der Gesundheitsförderung im Sinne der Praxispartner zu instruieren.

Dieser Beitrag wird mit freundlicher Genehmigung des Ludwig Boltzmann Instituts Health Promotion Research (LBIHPR) Wien veröffentlicht.

Wussten Sie, dass ...

... Kinder neuerdings einen Familien-Doppelnamen führen dürfen?

VON CHRISTINE GESERICK

Zum 1. April 2013 ist in Österreich ein neues Namensrecht in Kraft getreten. Neu ist vor allem, dass Kinder nunmehr einen Doppelnamen als Familiennamen tragen dürfen. Dies gilt sowohl für Kinder, deren Eltern verheiratet sind als auch für Kinder, deren Vater und Mutter nicht verheiratet sind. Auch Kinder, die nach dem 1. April adoptiert wurden, dürfen nun einen Doppelnamen führen.

Das „einfachste“ Beispiel zur Erklärung des neuen Namensrechts ist, dass Frau und Mann heiraten, aus ihren beiden bisherigen Familiennamen einen gemeinsamen bilden (z.B. Familie Schwarz-Weiß) und ein Kind in diese Ehe geboren wird. Dieses heißt nun „automatisch“ ebenfalls Schwarz-Weiß.

Wenn die Eltern verheiratet sind, aber unterschiedliche Namen führen (z.B. weil die Frau ihren alten Namen behält), muss entschieden werden: Trägt das Kind den Namen der Mutter oder des Vaters? Oder erhält es einen neuen Doppelnamen? Ebenfalls neu ist seit kurzem: Können sich die Eltern in diesem Fall nicht einigen, erhält das Kind den Nachnamen der Mutter. Bisher war es im Streitfall der Nachname des Vaters gewesen.

Für nicht verheiratete Eltern gilt: Wenn das Elternpaar zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes nicht verheiratet ist, trägt das Kind automatisch den Nachnamen der Mutter. Sind sich die Eltern allerdings einig, dass es stattdessen den Namen des Vaters erhalten soll, kann dieser Familienname nach Anerkennung der Vaterschaft geändert werden. Seit dem 1. April 2013 ist auch hier ein Doppelname möglich! Dazu ein Beispiel: Die Mutter des Kindes heißt Frau Weiß, der leibliche Vater ist Herr Schwarz. Das Kind würde automatisch „Weiß“ heißen, darf aber (nach Anerkennung der Vaterschaft) auch „Schwarz“ heißen, oder aber das Kind heißt entweder „Schwarz-Weiß“ oder „Weiß-Schwarz“.

Außerdem ist es nun möglich, dass das Kind einen Doppelnamen erhält, weil er von einem Elternteil direkt übernommen, d.h. „vererbt“ wird oder als Familienname bereits existiert.

Mögliche Beispiele:

- Der unverheiratete Herr Blau-Rot wird Vater. Das Elternpaar ist sich einig, dass das Kind seinen Namen tragen soll, es heißt also Blau-Rot.
- Herr und Frau Blau-Rot adoptieren ein Kind. Ihr Kind heißt Blau-Rot.
- Eine Frau mit Geburtsnamen „Schwarz-Weiß“ heiratet, ihr Mann nimmt diesen Doppelnamen an (= von nun an gemeinsamer Familienname). Ein Kind, das in diese Ehe geboren wird, erhält diesen Namen automatisch.

Und wenn „Doppelname“ auf „Doppelname“ trifft? Was ist, wenn Frau Schwarz-Weiß und Herr Blau-Rot heiraten wollen und/oder ein Baby bekommen? Aus den bisherigen Doppelnamen darf eine neue, beliebige Kombination gebildet werden (z.B. Schwarz-Rot), diese darf aber höchstens zwei Elemente haben; der Name Schwarz-Weiß-Rot ist z.B. nicht möglich.

Für Kinder, die vor dem 1. April 2013 geboren oder adoptiert wurden und für die deshalb die neuen Regelungen noch nicht galten, darf der Familienname auch nachträglich in einen Doppelnamen geändert werden, und zwar ab dem 1. September 2013.

In Deutschland sind Doppelnamen für Kinder übrigens (prinzipiell) nicht möglich. ■

Kontakt: christine.geserick@oif.ac.at

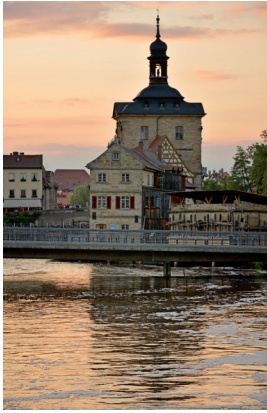
Informationen:

Bundesgesetzblatt 1 Nr. 15/2013
www.ris.bka.gv.at
www.help.gv.at

Familienwissenschaft und Familienpolitik

Anforderungen an die Zukunft: 4. Europäischer Fachkongress für Familienforschung tagt in Bamberg

VON SONJA BLUM



Der 4. Europäische Fachkongress für Familienforschung fand im mittelalterlichen Bamberg, dessen Stadtkern zum Weltkulturerbe gehört, statt.



Die Auftaktveranstaltung im Hegelsaal der Kongresshalle Bamberg

Pluralisierung von Familienformen, Vereinbarkeitsproblematiken zwischen Familie und Beruf, Effektivität familienpolitischer Maßnahmen – nur drei der zentralen Phänomene, welche die familienwissenschaftliche und familienpolitische Diskussion der vergangenen Jahre geprägt haben. Von diesem Stand ausgehend wagte der 4. Europäische Fachkongress für Familienforschung nun den Blick auf die Zukunft. Im Fokus standen dabei Familienwissenschaft und Familienpolitik selbst: Vor welche Anforderungen sehen sie sich durch zukünftige familiäre Entwicklungen gestellt? Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse sind vor diesem Hintergrund von besonderer Relevanz, welche familienpolitischen Maßnahmen sind zu treffen?

Um sich mit diesen und ähnlichen Fragen zu beschäftigen, versammelten sich rund 200 Vertreter aus Familienwissenschaft und Praxis vom 6. bis 8. Juni 2013 in Bamberg. Zentraler Gedanke der seit Beginn der 1990er Jahre ausgerichteten Fachkongresse ist die europaweite Vernetzung der Familienforschung. In diesem Sinne wurde der Kongress in länderübergreifender Kooperation veranstaltet: vom Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, vom ÖIF an der Universität Wien und vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden.

In zahlreichen deutsch- und englischsprachigen Vorträgen wurden neue Erkenntnisse aus der Familienforschung präsentiert und zukünftige Herausforderungen diskutiert. So hob etwa Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut bei ihrem Vortrag zum Thema „Doing Gender“ hervor, dass der Aspekt der Körperlichkeit von der bisherigen Forschung vernachlässigt worden sei, während etwa der zeitlichen Dimension des Familienlebens verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auch die körperliche Dimension sei jedoch – neben einigen anderen – zentral für die tägliche „Herstellungsleistung“, die von Familien erbracht werden muss. Die britische Soziologin

Catherine Hakim betonte einen ähnlichen Aspekt und brachte ihn in ihrem Statement auf den Punkt: Fertilität beginnt immer mit Sexualität. Weitere Forschungsfelder taten sich auf: So etwa die Handhabung der Familienberichterstattung in Europa oder die Rolle von Medien und Informationstechnologie im Familienalltag.

Dem Kongressthema der zukünftigen Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft wurde v.a. auch im Rahmen von zwei Podiumsdiskussionen nachgegangen. Am Freitagabend diskutierten Vertreter aus dem österreichischen und deutschen Familienministerium, der Europäischen Kommission und aus der Forschung über die familienpolitischen Konzepte für die Zukunft, ihre Passgenauigkeit und etwaige Konvergenzen zwischen verschiedenen europäischen Ländern. Immer wieder tauchte hierbei auch die Frage nach dem Verhältnis von Familienwissenschaft und Familienpolitik auf: Welche Expertise benötigen politische Entscheidungsträger und in welcher Form muss diese aufbereitet sein, um politische Verwertung zu finden? Welche Chancen und Risiken birgt ein Näheverhältnis familienwissenschaftlicher Forschung zur Politik? Zum Abschluss der Konferenz am Samstag diskutierten Forscher aus verschiedenen akademischen Disziplinen dann Möglichkeiten und Grenzen einer interdisziplinären Familienwissenschaft. Neben dem allgemeinen Plädoyer für eine verstärkte Interdisziplinarität kamen dabei auch entsprechende Hürden zur Sprache. In der täglichen Zusammenarbeit kann die Herausforderung hierbei mitunter im Detail stecken, z.B. in unterschiedlichen Zitationsregelungen von Soziologie, Psychologie oder Politikwissenschaft.

Wie beim letzten Familienforschungskongress, der vom 12. bis 14. Juni 2008 in Wien stattfand, so erscheint auch dieses Mal wieder ein Tagungsband, der zur genaueren Lektüre der in Bamberg diskutierten Themen einlädt. ■



Teilnehmende des Familienpolitischen Podiums (von links nach rechts): Norbert Schneider (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB, Wiesbaden), Sabine Walper (Deutsches Jugendinstitut DJI, München), Ingo Behnel (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Deutschland, Berlin), Wolfgang Mazal (ÖIF, Wien), Ingrid Nemeč (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend in Österreich, Wien), Evelyn Astor (DG Employment, Social Affairs and Inclusion, Europäische Kommission, Brüssel)



Paloma Fernández de la Hoz
(Sozialhistorikerin, Wien)



Francesco Billari (Ökonom, Mailand)



Elisabeth Beck-Gernsheim (Soziologin, München)



Irene Gerlach (Politikwissenschaftlerin, Münster)



Olivier Thévenon (Ökonom, Paris)



Maks Banens (Demograf, Lyon)



Podiumsdiskussion „Plädoyer für eine interdisziplinäre Wissenschaft“

Teilnehmende (von links nach rechts): Karin Jurczyk (Soziologin, München); Andreas Gestrich (Historiker, Trier); Barbara Reichle (Psychologin, Ludwigsburg); Barbara Herrmann (Bayerischer Rundfunk, München); Irene Gerlach (Politikwissenschaftlerin, Münster); Helmut Schneider (Betriebswirt, Berlin); Martin Löhnig (Jurist, Regensburg)



Die Veranstalter: Das Staatsinstitut für Familienforschung (ifb) an der Universität Bamberg, das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden und das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien. Bild links: Norbert Schneider (BiB). Bild rechts: Marina Rupp (ifb) und Olaf Kapella (ÖIF)

info

Das Programm mit den Abstracts der Referate, die Präsentationen und weitere Bilder vom Kongress finden Sie auf der Homepage www.familyscience.eu

termin

Familie und Soziale Ungleichheit

4. Hohenheimer Tage der Familienpolitik

Die Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt und die Katholische Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart laden zur vierten bundesweiten Fachtagung zur Familienfreundlichkeit in Deutschland ein. Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Beiträge und der vorgestellten Praxisbeispiele liegt beim Thema „Familie und Soziale Ungleichheit“. Die Tagung versucht zu beantworten, welche Strukturen Soziale Ungleichheit verursachen, welche Wege es gibt, um Soziale Ungleichheit zu verringern und wie sich die Lebenssituation von Familien vor dem Hintergrund der aktuellen Familienpolitik entwickelt hat.

Datum: 16. und 17. Oktober 2013
Ort: Tagungszentrum Hohenheim, Stuttgart
Informationen: www.statistik-bw.de



Familienrecht

Von der Antike bis zur Gegenwart

Dieses Buch verfolgt die Familienrechtsgeschichte vom altrömischen Recht über das Mittelalter und die Neuzeit bis zur Gegenwart. Erläutert werden das römische Ehe- und Familienrecht, die Ehelehre der mittelalterlichen Kirche und Reformation, das Postulat der Freiheit und Gleichheit im Zeitalter der Aufklärung und Französische Revolution, die bürgerliche Familie und Historische Rechtsschule, die Entstehung des BGB sowie aktuelle Herausforderungen eines geschlechtergerechten Ehe-, Partnerschafts- und Familienrechts. Das Buch thematisiert ideengeschichtliche Hintergründe, wobei der Akzent auf dem „Wandel der Geschlechterrollen“ und den „Reformforderungen der Frauenbewegung“ im internationalen Kontext liegt.

Publikation: Meder, Stephan (2013): Familienrecht. Von der Antike bis zur Gegenwart. Wien: Böhlau. ISBN: 978-3-8252-3901-5, www.boehlau-verlag.com



Zur Unsicherheit im generativen Verhalten

Auswertungen des GGS – Welle 1

Das neue Working Paper des ÖIF untersucht anhand eines sozialpsychologisch-empirischen Verfahrens, welche äußeren Einflüsse den Kinderwunsch festigen oder schwächen. Es wird der Frage nachgegangen, in welchem Ausmaß welche Änderungen in den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und familiären Rahmenbedingungen für die Realisierung des Kinderwunsches förderlich sind. Hierbei werden österreichische, west- und osteuropäische Länder verglichen.

Publikation: Neuwirth, Norbert; Wernhart, Georg (2013): Zur Unsicherheit im generativen Verhalten. Auswertungen des GGS – Welle 1. ÖIF Working Paper Nr. 80. Das PDF steht zum Download unter www.oif.ac.at zur Verfügung.

impresum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at/impresum/ | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch
Fotos und Abbildungen: LBIHPR (S. 1-3) | C. Geserick (S. 6, 7) | Böhlau (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Grundlegende Richtung des Druckwerks nach § 25 (4) MedienG:

Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.

DVR: 0065528

Österreichische Post AG | Sponsoring Post | Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z0318205